

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III.  
Korrespondenten: Amt Norden 2805 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 IV.  
Korrespondenten: Amt Norden 11007 und 11008.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonnabend, den 21. Dezember 1918

Nummer 67

# Der letzte Tag der Rätetkonferenz.

## Wechsel im Auswärtigen Amt.

Als Nachfolger von Dr. Solf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt worden.

Graf Brockdorff-Rantzau steht in dem Ruf, einen entschiedenen demokratischen Parteistandpunkt zu vertreten. Es dürfte zutreffen, daß er mit den Nachbarn des alten Regimes wiederholt heftige Zusammenstöße gehabt hat, weil diese mit den von ihm vertretenen Anschauungen höchst unzufrieden waren. Bei der demokratischen Regierung in Kopenhagen soll er gut angeschrieben gewesen sein, und man glaubt ihm überhaupt diplomatisches Geschick und Können nach.

Wiewohl man darüber im Zweifel sein, ob mit ihm der richtige Mann in das auswärtige Amt einzuziehen wird. Selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ meint: „Im feindlichen Ausland wird man, teils aus Unkenntnis und teils aus Uebelwollen, wahrscheinlich sagen, in dem neuen Staatssekretär übernehme abermals ein „Vertreter des alten imperialistischen Systems“ die Leitung der deutschen auswärtigen Politik. Es könnte die Frage entstehen, ob es im Hinblick auf solche, freilich in jedem Falle unausbleiblichen Mißverständnisse nicht geraten wäre, eine sozialdemokratische Persönlichkeit in den Vordergrund treten zu lassen, die dann die eigentliche Amtstätigkeit dem Grafen Brockdorff-Rantzau hätte übertragen können.“

Auch uns scheint, daß es richtig gewesen wäre, in die Stelle des Staatssekretärs für das Auswärtige Amt einen Mann zu berufen, der vollkommen auf dem Boden der durch die Revolution geschaffenen Neuordnung steht, einen Mann des Vertrauens der Arbeiterschaft. Die „diplomatische Routine“ scheint auf diesem Posten heute wirklich nicht die Hauptsache.

Man wird überdies abwarten müssen, ob nun auch weiter im Auswärtigen Amt „aufgeräumt“ wird. Immer noch halten sich dort eine ganze Reihe politisch zweifelhafter Existenten in leitenden Stellen. Der „Geist“, der in diesem Amt bisher herrschte und von ihm durch die Presse und hundert andere Kanäle in die Öffentlichkeit ausgeströmt wurde, war reaktionär und gegenrevolutionär. Das muß anders werden. Herr Graf Brockdorff-Rantzau kennt die Schäden. Wir hoffen, daß er energisch genug sein wird, um Wandel zu schaffen.

## Der gefälschte Junkspruch.

Das Holländisch-Nieuws Bureau hat vor einigen Tagen einen englischen Junkspruch an deutsche Zeitungen weitergegeben, der offensichtlich zu der unverantwortlichen Hebe gehört, die die bürgerliche Presse, mit dem „Vorwärts“ an der Spitze, gegen die Entente (besonders Frankreich) und die Revolution treibt. Der Junkspruch sah in der Weitergabe des Holländischen Büros, natürlich ganz zufällig, so aus, als ob die Engländer ihren Einmarsch in Berlin ankündigen würden. Wir stellen daraufhin an dem amtl. deutschen Veröffentlichung fest, daß der englische Junkspruch eine ganz andere Bedeutung hatte und außerdem einen Satz mehr und einen Satz weniger enthielt. Er kündigte gar nicht an, daß die Entente nach Berlin kommt und die Regierung nicht anerkennt, sondern er teilte dies als Berliner Behauptung mit.

Nun kommt das Holländisch-Nieuws Bureau, eine deutsche Agentur, die in Holland den ausrichtigen Neutralen unter der Führung eines Berliner Journalisten spielt, und wirft uns eine Fälschung vor. Der englische Junkspruch soll tatsächlich den einen Satz enthalten haben und der weggelassene Satz soll belanglos sein. Gegen Lügen zu kämpfen kostet Zeit und Papier. Die Lügen des Krieges haben Deutschland ruiniert. Die Lügen der Gegenrevolution können den Rest von Deutschland ruinieren. Wir müssen also in die Sache hineinsteigen.

Der amtliche deutsche Junkspruch lautete wie folgt: Die konterrevolutionäre Bewegung bedroht Berlin mit dem Bürgerkrieg. Das Volk erbittet den Bestand der Ämter und ersucht, sie, ihre Befehle bis nach Berlin auszubekommen. Inzwischen wird behauptet, daß die

illustrierten Deutschland bekanntgeben, daß sie den Frieden nur mit einer wirklich verantwortlichen Regierung schließen würden.“

Das Holländisch-Nieuws Bureau veröffentlicht diesen Junkspruch ohne den letzten Satz. Die Behauptung des Holländischen Büros, daß seine Fassung des Anfangs richtig sei, stimmt allerdings. Wir haben die Mühe nicht gescheut, das englische Original mit dem hier eingetroffenen englischen Original zu vergleichen und geben das gern zu. Es ist nämlich ganz belanglos für unsere Behauptung, daß hier eine Fälschung vorliegt. Die Fälschung bestand nicht allein im Hineinbringen eines Satzes; daß nämlich der Bürgerkrieg besonders blutig sein wird, sondern in der Umkehrung des ganzen Junkspruches. Die Engländer sollten zur Orientierung der Weltpresse in ihrem Junkspruch zusammen, was die bekannten Berliner Blätter täglich behaupten. Es ist nicht als ein Referat; sie erzählen es weiter für Amrita, Afrika, Asien. Und so kommt dieses Holländische Bureau und schreibt das, was die Engländer sagen es selbst. Schlimmer kann man nicht ein Wort im Munde verdröhen.

Bei Gott! Den Satz vom blutigen Bürgerkrieg haben die Engländer gesagt. Hier wurde er schlecht verstanden und deswegen nicht mitübersetzt. Aber was ändert das am Vorwurf der Fälschung. Auch dieser wirklich original-englische Satz ist nur eine Wiedergabe Berliner Pressestimmen. Aber der letzte Satz, den das Bureau zufällig weggelassen hat, dieser Satz zeigt deutlich, daß auch alles vorausgegangene eine Wiedergabe Berliner Ansichten ist. Ohne diesen Satz kann man darüber im unklaren sein. Und deswegen wurde er weggelassen. Der Vorwurf der Fälschung bleibt also bestehen. Ueber die Tatsache brauchen wir uns allerdings nicht zu wundern. Denn das Bureau ist eine Agentur des Auswärtigen Amtes.

## Erleichterung des Kirchenaustrittes.

In Kürze wird, wie wir erfahren, eine Verfügung des preussischen Justizministeriums erscheinen, welche zwei schikanöse Beschränkungen des Kirchenaustrittes für die Zukunft aufhebt. Bisher bedurfte es einer zweimaligen Austrittserklärung mit einer dazwischenliegenden Frist von mehreren Wochen. Der Zweck war klar. Den Geistlichen sollte die Möglichkeit gegeben werden, mit mehr oder weniger zarten Mitteln auf den Abtrünnigen einzuwirken und zu versuchen, ihn auf den Weg des Heils zurückzuführen. Diese Belästigung wird demjenigen, der aus der Kirche austreten will, in Zukunft erspart bleiben; eine einmalige Austrittserklärung soll genügen. Auch eine zweite, materielle Erparnis sichert ihm die neue Verfügung. Wurde der aus der Kirche Ausgetretene bisher noch für das laufende Jahr die Kirchensteuern weiterzahlen, so ist das nach der neuen Bestimmung nur noch für das laufende Vierteljahr vorgezogen. Diese Neuierung wird ja den Klern besonders schmerzen und seinen Horn gegen die Revolution steigern. Aber sie entspricht durchaus einem Gebot der Billigkeit.

## Die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs.

Die Forderungen, die die Franzosen der Wirtschaftskommission der Deutschen Waffenstillstandskommission vorgelegt hatten und von dieser abgelehnt werden mußten, betrafen die Belieferung der Hüttenwerke und Fabriken Lehighs, des Elsch und der benachbarten Gebiete. Diese Forderungen, die in sechs Artikeln und 31 Paragraphen festgelegt waren, haben, wie französischerseits erklärt wurde, den Zweck, daß die deutsche Regierung den Unternehmungen dieser Gebiete die für ihren Betrieb notwendigen Hilfsmittel und Brennstoffe liefert.

Die deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich, wie bereits kurz gemeldet, zur Erörterung dieser einseitigen Forderungen auf Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit bereit. Der französische Oberst Mercier, der von der Gegenseite als Sachverständiger entsandt war, erwiderte, daß diese Antwort als Ablehnung der überreichlichen Forderungen angesehen werden müsse. Er hat daraufhin Epaa verlassen.

## Das Ergebnis.

S. N. Der Kongreß der A- und S-Räte hat gestern sein Ende erreicht.

Er hat, wie nicht anders zu erwarten war, einen bewussten Verlauf genommen. Er hat nicht immer die von den Vorwärts drängenden sozialistischen Kreisen auf ihn gezehnten Erwartungen erfüllt. Aber er ist doch nicht auseinandergegangen, ohne fruchtversprechende Arbeit geleistet zu haben.

Seine Erörterungen waren reich an Anregungen. Manches wurde geklärt, in wichtigen Dingen wurden neue Wege gezeigt. Deutlich ergab sich, daß die Arbeiterschaft gewiß nicht arm ist an Intelligenz, an Kräften, die zu führenden Stellungen berufen sind.

Von den gefassten Beschlüssen erscheint besonders bedeutsam die Neuordnung der Kommandogewalt. Klipp und klar ist endlich aufgeräumt mit der Privilegierten Militärfaste, der Kadavergehörigkeit hat aufgehört. Die Erwählten des Volkes und die Erwählten der Soldaten selbst sollen künftig die Träger der Kommandogewalt sein. Es wird sich zeigen, daß auch bei dieser Ordnung, die für eine Truppe notwendige Disziplin möglich ist. Sie wird nicht mehr in einer klavischen Unterordnung bestehen, aber eben deshalb nicht schlechter sein als die frühere.

Bedeutsam ist natürlich auch die endgültige Regelung der Machbefugnisse der Volksbeauftragten und die Festlegung der dem künftigen Zentralvollzugsrat zustehenden Rechte. Es ist bei der Erledigung gerade dieser Frage zu den schärfsten Differenzen gekommen, zu dem schärfsten Protest der radikaleren Elemente der Versammlung, bestehend in einer Ablehnung jeder Beteiligung an der Wahl des neuen Zentralvollzugsrats. Und will Weinen, daß dabei doch ein allzu starkes Mißtrauen im Spiele gewesen ist. Die Befugnisse des neuen zentralen Vollzugsrats werden nach der Interpretation des Genossen Gause, die auch von den Mehrheitssozialisten gebilligt wurde, weitgehend genug sein, um zu verhindern, daß die Volksbeauftragten ihre Macht mißbrauchen. Die Forderungen, die von dem linken Flügel der Versammlung gestellt wurden, gingen in Wirklichkeit gar nicht auf etwas so viel anderes hinaus, als auf das, was Gause in der Interpretation des angenommenen Antrages darlegte. Gätte Ebert sich nicht so stark gegen die Forderungen der Linken gewandt, so wäre der Bruch auch vielleicht vermieden worden, so wäre am Ende noch eine Verständigung möglich gewesen. Muß die Tatsache, daß der Rat der Volksbeauftragten sich paritätisch aus drei unabhängigen und drei Mehrheitsparteilern zusammensetzt, doch auch als eine Bürgschaft dafür angesehen werden, daß der Kurs der Regierung sich nicht gegen die Interessen des Proletariats richten wird.

Indem man auf die Wahlbeteiligung verzichtete, bogab man sich eines wichtigen Mittels, auf die künftige Politik einzuwirken, und brachte überdies die der Unabhängigen Partei zugehörigen Volksbeauftragten in eine schwierige Lage. Sie werden es künftig sehr viel schwerer haben als bisher, ihren Einfluß geltend zu machen und die Politik der Regierung in sozialistischem Sinne vorwärts zu treiben. Ganz auf eine Einwirkung innerhalb der Regierung zu verzichten, auch die Mitarbeit im Rat der Volksbeauftragten einzustellen, wie von dem linken Flügel des Kongresses auf eine Mitwirkung im Zentralvollzugsrat verzichtet wurde, kann aber nicht als Ziel erscheinen. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß unsere Genossen im Rat der Volksbeauftragten wohl mit Hemmungen zu kämpfen haben und nicht all ihre Wünsche durchzusetzen vermochten, daß aber ihr Einfluß doch auch nicht wirkungslos blieb. Ein Hinausgehen könnte nur dazu beitragen, die revolutionäre Energie der Regierung noch weiter zu schwächen und bürgerlichem Einfluß Tür und Tor zu öffnen.

Von dem Auscheiden unserer Genossen aus der Regierung oder der Nichtteilnahme am Zentralvollzugsrat eine revolutionisierende Wirkung brauchen, in der Arbeiterschaft, zu erwarten, scheint nicht angängig. Man wird die Notwendigkeit einer solchen „reinen“ Dispositionspolitik nicht einsehen. Um die Revolution zu sichern, um den Neubau der sozialistischen Republik durchzuführen, erwarten die Massen

ein Zufassen aller revolutionären Kräfte. Das be-  
dingt nicht ein Aufhören der Gegensätze innerhalb der pro-  
letarischen Bewegung, aber es verlangt ein Miteinander-  
arbeiten, soweit jeder Teil wenigstens willig ist, die prole-  
tarischen Ziele der Revolution nicht zu verraten.

So können wir nicht mit Genugtuung diesen Akt in der  
Geschichte des jetzt geschlossenen Kongresses betrachten.  
Und wir können auch nicht den Standpunkt derjenigen billigen,  
die auf dem Kongress die Auffassung vertraten, daß die  
Einberufung einer Nationalversammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen Stimmrechts  
abgelehnt werden müßte. Es ist an dieser Stelle oft  
genug dargelegt worden, weshalb wir einer solchen National-  
versammlung den Vorschlag geben, vor einem ständigen  
Kongress der A- und S-Räte als oberster gesetzgebender  
und kontrollierender Gewalt. Wenn nun gar ein Kongress  
der A- und S-Räte selbst, zusammengesetzt ganz nach den  
Wünschen der Anhänger des Räteystems, sich für die Einberufung  
einer Nationalversammlung entschieden hat, so  
müßten doch eigentlich auch die Anhänger dieses „Systems“  
sich fügen!

In jedem Falle ist die Nationalversammlung  
jetzt eine „beschlossene Tatsache“, und es dat wenig  
Zweck, über die Frage: Räteversammlung oder Nationalver-  
sammlung? immer wieder zu diskutieren. Es gilt vielmehr,  
sich auf die Wahlen einzurichten, die über  
die Zusammenfassung dieser verfassunggebenden Versamm-  
lung entscheiden sollen.

Die Mehrheit des Kongresses der A- und S-Räte  
hat — trotz der dagegen vorgebrachten beachtlichen Ein-  
wände — beschlossen, die Wahlen bereits auf den 19.  
Januar anzuberaumen. Die Frist bis zu diesem Wahltermin  
ist kurz, fast erschreckend kurz. Gewiß wird bei diesem  
frühen Wahltermin das propagandistische Moment, das in  
der Katastrophe der Revolution selbst liegt, noch verhältnis-  
mäßig stark wirken. Aber auf der anderen Seite ist doch in  
den wenigen Wochen bis zum 19. Januar weder eine stär-  
kere Propaganda „durch die Tat“, will heißen durch über-  
zeugende sozialistische Maßnahmen möglich, noch durch eine  
weitgreifende theoretische Aufklärung.

Zunehmend darf deshalb die Klinte nicht ins Korn ge-  
worfen werden. Die Regierung muß gedrängt werden,  
so rasch wie möglich — noch vor den Wahlen — entscheidende  
Schritte auf dem Wege zum Sozialismus zu tun. Der  
inhaltreiche Vortrag des Genossen Hilferding vor der  
Rätekonferenz — nicht der unbedeutendste Teil in dessen  
Verhandlungen — hat gezeigt, wo eingegriffen werden kann  
und muß. Und die Partei muß die noch bis zum Wahl-  
tage verbleibenden Wochen benutzen zu intensivster Agi-  
tationsarbeit. Es ist nicht zu leugnen, daß die Vorbedin-  
gungen dafür gerade bei der Unabhängigen Sozialdemo-  
kratie nicht besonders günstig sind. Ganz abgesehen davon,  
daß der Belagerungsstand ihr jedwede jede Werbetätig-  
keit so gut wie unmöglich machte, daß die Werbeorgane,  
besonders die Blätter, ihr teilweise noch ganz fehlen, zum  
Teil sich erst in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung be-  
finden. Es ist nicht zu übersehen, daß innerhalb der Partei  
auch eine gewisse Uneinigkeit über die Methoden der im  
Augenblick zu verfolgenden Politik herrscht. Die oben er-  
wähnten Vorgänge auf dem Kongress der A- und S-Räte  
haben die Schwierigkeiten wohl noch vermehrt. Bielleicht  
werden die Auseinandersetzungen der aller nächsten Zeit aber  
hier größere Klarheit und Eindeutigkeit ergeben. Und in  
jedem Fall bietet die revolutionäre Energie, die unentwegt  
Bekämpfung aller nationalistischen und imperialistischen  
Politik in all den Jahren der Kriegsverwirrung, die ent-  
schlossene Betonung der sozialistischen Forderungen, auf die  
unser Partei mit Stolz hinweisen kann, die Möglichkeit,  
eine wirksame Werbearbeit zu entfalten.

Dieser Wahlkampf geht um viel Wichtigeres und  
Größeres als je ein anderer: Es gilt die Sicherung der Revo-  
lution, es gilt, eine Mehrheit zu gewinnen für die Er-  
füllung ihres Mandats, den Aufbau der sozialistischen Re-  
publik.

Dafür müssen alle Kräfte eingesetzt werden. In diesem  
Sinne gilt es zu handeln!

### Scheid triffert.

Der bisherige Kriegsminister, General Scheid, hat  
sich als Vertreter einer Korrespondenz über die Be-  
schlüsse des Kongresses der A- und S-Räte, soweit sie sich  
auf die Befestigung der militärischen Kommandogewalt be-  
ziehen, geäußert. Herr Scheid hält die Beschlüsse für un-  
überlegt und undurchführbar. Er macht aller-  
dings Einwände gegen die Möglichkeit, daß ein solches  
Kollektiv die oberste Kommandogewalt ausübt, glaubt, daß  
nur ein einzelner ihr Inhaber sein könne, wendet sich gegen  
die Wahl der Führer durch die Truppen als gegen eine  
Maßnahme, die zur Herrichtung des Volkes der Truppen  
führen müsse, usw.

Stichhaltiges bringt er allerdings nicht vor. Er beweist  
nur, daß er mit seinem militärischen Denken alten Stils  
tatsächlich nicht der geeignete Mann ist, weiter an der Spitze  
des Kriegsministeriums zu stehen.

Hoffentlich wird als sein Nachfolger eine Persönlich-  
keit berufen, die sich ganz auf den Boden der neuen Or-  
nung stellt und gewillt ist, gegen alle militärischen An-  
maßungen, die sich gegen die Errungenschaften der Revo-  
lution richten, mit rücksichtsloser Energie einzukämpfen. Da-  
mit, daß irgendjemand anderer General mit den Anschauungen  
eines Generals wieder in das Amt kommt, ist dem Volke  
nicht gedient. Ebenso wie in das auswärtige Amt muß  
auch in das Kriegsministerium ein ganz anderer Geist.

Der erste Generalquartiermeister Szöner hat sich sofort  
nach Annahme der Beschlüsse über das Verhältnis der Soldatenräte  
zur Obersten Verwaltung auf dem Rätekongress nach Berlin be-  
geben, um in Beratungen mit der Reichsleitung über die An-  
setzung eines polnischen Kongress in Danzig zu verhandeln.

### Die Erhaltung Danzigs beim Reich.

Die Volksbeauftragten Ober und Haase telegraphierten,  
nach einer Meldung der „Dtsch. Allg. Ztg.“, dem Danziger  
Magistrat: Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht,  
die deutsche Stadt Danzig zu schützen und alles aufzu-  
zubieten, um sie dem Deutschen Reich zu erhalten. — Staats-  
sekretär Erzberger brachte, er habe die Waffenstillstands-  
kommission in Spa beantragt, nachdrücklich Einspruch gegen  
die Annahme eines polnischen Kongress in Danzig zu erheben.

Inzwischen ist übrigens die Nachricht von der Landung von  
50.000 Mann polnischer Truppen in Danzig, die wir von dort  
hervor unter starken Vorbehalten wiedergegeben haben, be-  
stätigt worden.

### Die Ausweisung des deutschen Botschafters aus Madrid.

Die spanische Regierung hat dem auswärtigen Amt  
mitgeteilt, daß Botschafter Fring Kallibor, Legations-  
sekretär von Sizerez, Militärattaché Reyes Rolle,  
Marineattaché Kapitänleutnant Steffan und Marinein-  
spektoren Grimm nicht mehr „persona grata“ (genehme Per-  
sönlichkeiten) seien. — Fring Kallibor und die genannten Mi-  
litärattachés werden demnächst ihre Rückreise  
nach Deutschland antreten. Als Geschäftsträger verbleibt der  
erste Sekretär der Botschaft, Botschaftsrat Graf Passowitz,  
in Madrid.

H. T. A. bemerkt dazu: Es ist außerordentlich bedauerlich,  
daß das Kabinett des Grafen Romanones sich von der Entente  
zu diesem Schritt hat drängen lassen, nachdem alle vorhergegan-  
genen Regierungen Spaniens während der vier Jahre des Welt-  
krieges in hohem Unabhängigkeitsbewußtsein eine unparteiische  
Neutralität aufrecht zu erhalten verstanden hatten. — Wir  
unsererseits möchten lieber um Klärung ersuchen, welche  
Handlungen die spanische Regierung veranlassen konnten, die  
Abreise des Fringen Kallibor und seiner Untergebenen zu for-  
dern. Man wird doch nicht annehmen können, daß die Forde-  
rung ganz ohne Grund erhoben wurde.

Madrid, 20. Dezember. Dem Fringen Kallibor und dem  
Stabe der deutschen Botschaft wurden gestern die Pässe ausgehän-  
digt. Sie verlassen Spanien binnen kurzem.

### Ausweisung aller Untertanen der Mittelmächte aus der Türkei.

L. H. West, 20. Dezember. Der „Matin“ meldet: Auf Ver-  
fehl des französischen Kommissars in Konstantinopel, Admirals  
Amet, werden, nachdem die Ausweisung aller Angehörigen  
der Mittelmächte aus der Türkei verfügt worden ist, alle Deut-  
schen und Österreicher nach Frankreich gebracht,  
um dort interniert zu werden.

### Eine Bedrohung der Eisenindustrie.

Düsseldorf, 24. Dezember. (H. T. A.)  
Die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen-  
und Stahlindustrie beschloß in der gestrigen Vorstandssitzung folgendes  
Telegramm an die Waffenstillstandskommission in Spa zu  
senden: Das Verbot jeglichen Güterverkehrs von dem In-  
dustriebezirk des Ruhrgebietes in die neutrale Zone und das übrige  
Deutschland gefährdet die rechtsrheinische Eisen-  
industrie und den Kohlenbergbau aufs äußerste. Wenn  
nicht die Zufuhr der lothringischen Erze möglichst bald erfolgt,  
ist ein Erliegen der Hochofenindustrie und damit der  
Eisenindustrie überhaupt unausweichlich, da die Vorräte für  
Wochen einen Monat reichen. Weiter steht seit der Besetzung  
die Zufuhr an Erzeugnissen der linksrheinischen Eisen-  
und Kohlenruben, auf Werke dringend angewiesen sind. Diese  
liegen deshalb unmittelbar vor dem Erliegen. Dagegen ist die  
Zufuhr von linksrheinischen Braunkohlenwerken zum rechts-  
rheinischen Gebiet, insbesondere dem Siegerland unterbrochen,  
so daß die Siegerländer Stahlwerke seit Wochen stillliegen. Ebenso  
steht die Kohlenförderung der rechtsrheinischen Gruben auf die  
größten Schwierigkeiten, wenn die für die linksrheinischen Lager-  
materialien nicht unverzüglich abgefahren werden. Da Kräfte-  
losigkeit von Hunderttausenden von Arbeitern droht, bitten  
wir, bei den Gegnern vorstellig zu werden, daß die Sperre  
zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone auf-  
gehoben oder bei Besetzung der neutralen Zone dem Brücken-  
kopff Köln ab nach Karben zwischen dem besetzten Gebiet und  
dem übrigen Deutschland keine Verkehrsunterbrechung ange-  
ordnet werden.

### Ein Ueuentwegter.

In einem dem Soldatenrat der Schutztruppe einberufenen  
Kollaborationsrat hielt es der Reichssozialist Kensch für  
angebracht, eine koloniale Propagandaarbeit zu halten.  
Die Ridgewinnung der deutschen Kolonien sei „eine Forderung der  
deutschen Republik“. Richtig sei es, daß das deutsche Volk sich  
selber rühre und in eine Bewegung zugunsten deut-  
scher Kolonialpolitik einträte.  
Uns scheint, daß deutsche Volk hätte jetzt dringender Sorgen  
als die Wiedererlangung seiner Kolonien, und besonders für einen  
Kraus, der sich immer noch Sozialdemokrat nennt, gibt es jetzt  
anderes zu tun, als Werbreden für einen Kolonialbesitz zu  
halten.

### Der alte Polizeigeist.

Köln, 20. Dezember. (M. W.) Das Regierungsamtblatt  
des Bezirks Köln bringt folgende Bekanntmachung: Die  
polnische Regierung in Warschau hat nach Zeitungsnachrichten  
Wahlen zur konstituierenden polnischen Nationalversammlung auch  
für den hiesigen Regierungsbezirk mit Ausnahme der Kreise Bens-  
burg und Löben ausgesprochen. Jede Veranstaltung von Wahlen,  
Vorbereitungen dazu, Aufstellung von Wählerlisten und Kan-  
didaten sowie die Verbreitung von Wahlsuggerationen stellen sich  
bar als Verbrechen des Hochverrats. Es wird deshalb  
vor irgendwelcher Teilnahme an solchen Handlungen dringend ge-  
warnt. Alle Polizeibehörden, Gendarmerie- und Militärbehörden  
im Einvernehmen mit den örtlichen A- und S-Räten haben  
Weisung, jede Person sofort zu verhaften, die in irgend einer  
Form der Beteiligung an der Vorbereitung zur Wahl der pol-  
nischen Nationalversammlung verdächtig ist.

Auch wir halten es für verfehlt und unzulässig, daß dem  
Friedenskongress vorgegriffen und Wahlen auf deutschem Reichs-  
gebiet vorgenommen werden. Aber mit solchen Verordnungen, die  
ganz den alten Polizeigeist atmen, ist nichts getan.

### Ein fürstlicher Drückeberger.

Der Vollzugsausschuß des Zentralvolkentrates in Brüssel,  
über dessen vorläufige Arbeiten in den ersten Tagen der Revo-  
lution wir schon wiederholt berichtet konnten, hat in einer  
Beschlusse „Die Revolution in Brüssel“ in gedankiger Form eine  
Darstellung der dortigen Ereignisse gegeben. Die Schrift legt dar,  
wie durch das energische zielbewusste Arbeiten des Brüsseler Sol-  
datentrates das große Unheil, welches durch den raschen Rückzug  
des Feld- und Reserveheeres den militärischen Verhältnissen

brachte, abgemindert wurde, welche Knochungen ergriffen wurden  
um die belgische Zivilbevölkerung in Schach zu halten und die  
Gefahr eines offenen Aufstandes zu vermeiden.

Die sichere Hand, mit der der Soldatenrat die Geschicke in  
Brüssel leitete, war bei den Herren, die in erster Linie berufen  
waren, den Rückzug in geordnete Bahnen zu lenken, leider nicht  
vorhanden. Die 6. Armee, die dicht bei Brüssel lag, sah sich  
plötzlich ihrer Führer beraubt. Kronprinz Rupprecht  
von Bayern wandte sich am Montag, den 11. November, also am  
zweiten Revolutionstage, an den Brüsseler Zentral-Soldatenrat  
und bat um Ausreisegenehmigung nach Holland. Der J. S. R.  
lehnte dieses Ersuchen ab und verwies den Herrn darauf, daß der  
Führer einer Heeresgruppe diese in der Stunde der Gefahr nicht  
in Stich lassen dürfe. Nach dieser Abfuhr stellte sich der fürstliche  
Drückeberger unter den Schutz der spanischen Botschaft und hielt  
erzwirkte für ihn die Ausreise nach Holland.

Das Verhalten dieses Heeresführers stellt einen Akt der höchsten  
Freigebigkeit dar. Im Felde ist ein derartiges Gebahren mit dem  
Kode bestraft worden. Welches entsetzliche Unheil entstanden wäre,  
wenn der Brüsseler Soldatenrat in der gleichen Weise gehandelt  
hätte, ist gar nicht auszumalen. Trotzdem werden die Soldaten-  
räte von der bürgerlichen Presse dauernd mit Schmutz beworfen.  
Und mehr noch: Man windet den Heiligen Lorbeerkränze! Es  
wurde lebhaft in der süddeutschen Presse gerade der Kronprinz  
Rupprecht als der Mann gepriesen, der während des Krieges in  
Opposition zu Ludendorff, dem Engstirnigen, gestanden und eine  
schnelle Herbeiführung des Friedens gewünscht habe. Er verdient  
deshalb irgend ein Lobwörtchen nach seinem Verhalten in Brüssel  
ist der Mann jedoch für immer gekennzeichnet: Mit Schimpf und  
Schande davongelaufen, darf für ihn kein Platz, und sei es nur  
der Bescheidenste, in der deutschen Republik sein.

### Eine „neue Zeitung“ in München.

München, 20. Dezember. Unter der händigen Mitarbeit  
Kurt Eisners erscheint in München ein neues Blatt der  
Unabhängigen Sozialistischen Partei. Es nennt sich  
„Neue Zeitung“. Kurt Eisner sagt in seinem Leitwort  
der ersten Nummer unter anderem: Im heutigen Pressegewerbe  
läuft alles darauf hinaus, im Interesse dieser oder jener Kreise  
der herrschenden Klasse durch Erzeugung von Worttäuschen das  
Publikum zu belügen. In dem Namen „Neue Zeitung“ verbirgt  
sich ein doppelt bedeutungsvoller Sinn. „Neue Zeitung“, das ist  
sowohl Kunde neuer Zeit als auch neuer Begriff der Presse.  
„Neue Zeitung“, das ist der Kampf gegen die alte Zeit und die  
alte Zeitung.

### Kandidaten für die Nationalratswahlen.

Die Kandidatenaufstellungen für die Wahl zur  
Nationalversammlung haben begonnen. Von den Reichs-  
sozialisten in Nürnberg wurden Dr. Adolf Braun und  
Helene Grünberg nominiert. In einer Versammlung der  
demokratischen Partei wurden folgende Kandidaten zur National-  
versammlung aufgestellt: Max Weber (Heidelberg), Prof. Wil-  
helm Schäfer (Münster), Frau Dr. Baum (Hamburg),  
Hilgermeister Dr. Suppe (Frankfurt a. M.) und Dr. Schwan-  
der (Culm) früher Straßburg.

### Zur Vordatierung der Wahlen für die National- versammlung.

Mit Rücksicht auf die Vordatierung der Wahlen zur ver-  
fassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 18. Februar  
auf den 19. Januar waren einige Änderungen am Reichswahl-  
gesetz notwendig, die im Reichsgesetzblatt vom 20. Dezember  
(Nr. 6557) veröffentlicht wurden. Bei diesen gesetzgeberischen  
Änderungen hat sich die Regierung von dem Gedanken leiten  
lassen, die Interessen der Wählerchaft und der  
Parteilösungen nach Möglichkeit zu wahren. Es  
bleiben daher die für die Wählerchaft wertvollen Fristen un-  
verändert, nämlich die Auslegungs- und die Einspruchsfrist für  
die Wählerlisten. Ebenso soll den Parteien solange wie möglich  
Zeit gelassen werden, sich über die Wahlvorschläge zu ver-  
ständigen.

Im Verfolg dieser leitenden Idee ist mit Rücksicht auf die  
Kürze der Zeit zwar bestimmt, daß die Wählerlisten zu jeder-  
manns Einsicht am 20. Dezember (nicht mehr, wie es vorher  
hieß, „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag“) anzulegen  
sind. Aber die für die Wählerchaft wichtige Dauer der Aus-  
legung bleibt mit dem Zeitraum von acht Tagen bestehen. Die  
Wähler haben also trotz der Verlegung der Wahl genau die-  
selbe freie Einsicht in die Wählerliste zu nehmen, wie nach den  
ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Nach dem 2. Abs. des § 2 sind Einsprüche gegen die  
Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu er-  
heben. Bisher war bestimmt: innerhalb der nächsten 14 Tage  
(§ 9 Abs. 3). Die Bestimmung, daß die Einsprüche gegen die  
Wählerlisten bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Ge-  
meindeverwaltungsbehörde anzubringen sind, wird durch  
die Anordnung des § 2 nicht alteriert.

Am 8 der Verordnung wird in Abänderung des § 11 Abs. 1  
des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß die Wahlvorschläge  
spätestens am 4. Januar 1919 (statt „spätestens am 21. Tage vor  
dem Wahltag“) beim Wahlkommissar einzureichen sind. Damit  
verfügt sich die Zeit für die Einreichung der Wahlvorschläge von  
21 auf 15 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglich-  
keit gibt, ohne Überhastung ihre Kandidatenliste in Ordnung  
zu bringen. Abs. 2 des § 3 bestimmt, daß die Wahlkommissare  
bis im § 12 der Verordnung vorgesehene Aufforderung zur  
Einreichung der Wahlvorschläge sofort (im § 12 hieß es  
„spätestens vier Wochen vor dem Wahltag“) zu erlassen haben.

Die Verbindung zweier Wahlvorschläge miteinander  
kann nach § 12 Abs. 2 des Reichswahlgesetzes noch „spätestens  
sieben Tage vor dem Wahltag“ bei dem Wahlkommissar schrift-  
lich erklärt werden“. An dieser Bestimmung wird nichts ge-  
ändert, ebensowenig an der Anordnung des § 17 Abs. 2 der  
Verordnung, wonach die Ränge der Wahlvorschläge und  
ihre Verbindungen nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag  
festgelegt werden können. Auch die Bestimmung des § 18 der  
Verordnung, wonach Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der  
Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum 7. Tage vor dem Wahl-  
tag durch andere ersetzt werden können, wenn mehr als die  
 Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden  
Antrag schriftlich stellen, ist unverändert geblieben.

Aus alledem geht hervor, daß die Verbesserungen der Ver-  
ordnung der Wahlen für die Wählerchaft und für die Arbeit der  
Parteien ohne nachteiligen Einfluß bleiben wird.

### Abänderung der Wahlordnung.

Die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden  
Nationalversammlung ist in einigen Punkten geändert worden.  
§ 2 Abs. 2 besagt bisher, daß „in den Städten die Wähler-  
listen in der Art angelegt werden“ dürfen, daß die Straßen  
nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der  
Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes  
Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge

Genosse Oskar Götze... in Bonn, um im Auftrag des Rates der Volkswirtschaftler mit dem Generalkonferenzen des Oberbundes...

Justizminister Dr. Rosenfeld hat eine bedeutende Verfügung über die Anwendung der Untersuchungshaft erlassen...

Der Bund deutscher Bauernverbände fordert auf Grund einstimmigen Beschlusses seiner ordentlichen Mitgliederversammlung...

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schweden hat die Sozialdemokratie einen sehr großen Zuwachs an Stimmen...

Bekanntmachungen.

Das „Auswärtswohnen der Beamten“.

Als die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ist folgender Erlass des Ministeriums des Innern...

In einzelnen Städten wird den städtischen Beamten und Lehrern das Wohnen außerhalb der Anstellungsgemeinde...

Fabrikantewelle.

W. K. B. berichtet folgende Mitteilung: Die Fälle sind immer noch Muth, in denen A- und S-Räte den Mannschaften...

Gewerkschaftliches.

Massenversammlung der Gastwirtsangestellten.

Über 4000 Angehörige des Gastwirtsberufes hatten dem Ruf des Verbandes der Gastwirtsgehilfen zu einer öffentlichen Versammlung...

Die anschließende Diskussion war sehr erregt. Allgemein wurde gefordert, sofort an die Aufstellung bestimmter Forderungen...

Am 19. d. M. fand eine Verhandlung in Sachen der Differenz mit den Formern statt. Das Ergebnis war folgendes: Mit Rücksicht darauf...

Am 19. d. M. fand eine Verhandlung in Sachen der Differenz mit den Formern statt. Das Ergebnis war folgendes: Mit Rücksicht darauf...

Die Beschlüsse der Reichsversammlung... die deutschen Truppen sich verpflichtet haben...

Die Unterstellung, daß der Friede zwischen Deutschland und Polen seitens Deutschlands durch Organisierung des Heimatschutzes...

Während der Anwesenheit der Deutschen Gesandtschaft in Warschau ist die Deutsche Gesandtschaft unerschrocken durch die polnische Presse...

Der Zweck der Wilsonschen London-Fahrt.

London, 20. Dezember. In der Tatsache, daß Präsident Wilson früher, als zuerst festgestellt, nach London kommen wird...

Rotterdam, 20. Dezember. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ ist „Daily News“ sehr befriedigt darüber, daß Wilson seine Reise nach England...

Ein Zollbundplan.

Wien, 20. Dezember. Das „Freundenblatt“ erzählt aus dem Haag von bestunterrichteter Seite, daß Frankreich vor einiger Zeit beim deutsch-österreichischen Staatsanfragen...

Nach den Informationen des Hooger Gewählmannes des „Freundenblattes“ habe Italien gegen die französische Anregung...

Allgemeine Wahlen in Finnland.

Die siegreiche Reaktion hatte in Finnland beabsichtigt, auch das weitestgehende gleiche Wahlrecht wieder zu beseitigen...

Preußen und die Wahlen.

In den „Vol.-Parl. Nachr.“ liest man: Das Wahlgesetz zur preussischen Nationalversammlung wird morgen verabschiedet werden...

Neuer Streit in Oberschlesien.

Preußen, 20. Dezember. Auf der Charlottengrube bei Rybnik hat bei der gestrigen Abendsschicht die Belegschaft wiederum in den Ausstand...

Entgegen der gestern abend vom „Essener K.“ und „S.-Nat.“ verbreiteten Meldung, daß sämtliche Bergarbeiter...

Polen und die deutsche Republik.

Die Note, mit der die polnische Regierung die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen erklärt hat...

Der Erzengel! Die polnische Regierung hat am 2. November d. J. eine Note an Seine Excellenz den Staatssekretär...

Die Gewaltthätigkeit, der die polnische Bevölkerung im Gebiete Oberschlesiens unterworfen ist, eine Herrschaft, die seit der Veränderung...

Die Deutsche Regierung hat niemals das Verhalten der Militärbehörden, die die polnische Bevölkerung systematisch bedrücken...

Andererseits trägt das offensichtliche Einverständnis, das zwischen gewissen deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung besteht...

Die lange Dauer der mühseligen Verhandlungen über die Frage der Räumung der Bug-Gruppe...

Die Unterstützung, welche die deutschen Militärbehörden im Gebiet von Cholm und Wolochin der ukrainischen Bewegung haben...

In keiner der angeführten Fragen ist es der polnischen Regierung gelungen, sich rechtzeitig mit den Vertretern Deutschlands...

Die Organisation des Heimatschutzes Ost und die herausfordernde Haltung des Ostmarkenvereins...

Mit Rücksicht auf die nur sehr kurze Spanne Zeit, die uns noch vom Friedenskongreß trennt...

In der Hoffnung, daß nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Staat...

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, gez. A. Waffilitzki.

Zu dieser Note bemerkt Wolffs Telegramm-Bureau:

1. Der polnischen Regierung fehlt jeder Rechtsmittel, die Räumung des Oberostgebietes zu fordern...

2. Im Gegensatz zu der behaupteten Bedrückung der polnischen Bevölkerung im Oberostgebiet...

3. Zwischen den deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung besteht keinerlei freundschaftliches Verhalten...

4. Verhandlungen über die baldige Räumung der Bug-Gruppe haben sofort nach Eintreffen des deutschen Gesandten...

# Theater und Vergnügen.

**Volksbühne.** Theater am Bülowplatz.  
Direktion Fried. Kaysser.  
7 Uhr: Wilhelm Tell.  
Sonnt. 7 Uhr: Die arme alte Barmhertige.

**Opernhaus**  
7 Uhr: Der Troubadour.

**Schauspiele**  
7 Uhr: Egmont.

**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Das Licht schenkt in der Finsternis.

**Kammerspiele**  
7 Uhr: Michael Kramer.

**Kleines Schauspielhaus**  
Fasanenstr. 1. Part. 5

7 Uhr: D. Hühne d. Pandora

Direktion: C. Meinhard - R. Bernauer

**Theater i. d. Königsgrätzer Str.**

8 Uhr: **Musik.**

**Komödienhaus.**

Schiffbauerd. 28. a. d. N. Wilhelmstr.

8 Uhr: Tänzende Nymphen.

**Berliner Theater**

7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten

8 Uhr: Die's Mährchen's.

**Lessing-Theater.**

Direktion: Victor Barnowsky

8 Uhr: Der Schöpfer.

Montag: Der Marquis von Keltz.

**Deutsches Künstler-Theater.**

Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

**Irision-Theater.**

Bil. Friedrichstr. 21. a. d. N. 49/7, 2391.

8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Von Hermann Sudermann.

**Central-Theater.**

7 Uhr: **Die Rose von Stambul**

Deutsches Opernhaus Charlottenb.

7 Uhr: **Tannhäuser.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

8 Uhr: **Hannert.**

Das Urmäderhaus.

II. Teil.

**Kleines Theater.**

8 Uhr: **Freie Knechte.**

**Komische Oper.**

7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**

8 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**

Lustspielhaus.

7 1/2 Uhr: **Die spanische Flöge.**

**Metropol-Theater.**

7 1/2 Uhr: **Die Faschingsfee.**

8 1/2 Uhr: **Wiener Blut.**

**Neues Operettenhaus.**

8 Uhr: **Die keusche Susanna.**

8 1/2 Uhr: **Das Glücksmädel.**

**Palast-Theater.**

8 Uhr: **Der Mikado.**

8 1/2 Uhr: **Der Struwwelpeter.**

Residenz-Theater.

8 1/2 Uhr: **Friedensverhandlungen**

Bühnen-Theater Charlottenburg.

8 1/2 Uhr: **Sappho.**

Italia-Theater.

8 Uhr: **Frau Holle.**

8 1/2 Uhr: **Polsische Wirtschaft.**

Theater am Rosenortplatz.

8 Uhr: **Frau Holle.**

7 Uhr: **Eva.**

Theater des Westens.

8 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe**

4 Uhr: **Aschenbrödel.**

**Wallner-Theater.**

8 1/2 Uhr: **Der Märchenwald.**

8 1/2 Uhr: **Grat Hauenichts.**

8 1/2 Uhr: **Der Märchenwald.**

Kose-Theater.

8 1/2 Uhr: **Blutig Dressirbart.**

Gastsp. d. Friedr. Wilhelmst. Theat.

8 1/2 Uhr: **Das Urmäderhaus.**

Wallhalla-Theater.

8 1/2 Uhr: **August der Starke.**

**Casino-Theater.**

Lehringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:

Das Jaktige Volksstück

**Die goldene Brücke**

Vorher: Brecht'sche Spezialitäten.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:

Friede auf Erden.

**APOLLO**

Theater

Dir. JAMES KLEIN

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr:

**Die Welt geht unter!**

Senk Schallack, Lucie Mattar

Franz Busch, Fritz Beckmann

Franz Klenke

NADCHURA'S Elefanten

ROSTON'S Affenmenschen

Tranays Blumenkoro

usw.

Sonntags 3 1/2, jed. Erwachsene

1 Kind frei!

**Wintergarten**

Das grosse

Spezialitäten-Programm

Anfang 1/8 Uhr.

**UFA**  
MOZART SAAL  
Die Vase der Semiramis  
Phantastischer Film in 5 Akten  
Musik: Willy Grunwald

**UT**  
U.T. Moritzplatz  
mit Pola Negri, Harry Liedtke  
Regie: Ernst Lubitsch  
Uraufführung Freitag 8 1/2 Uhr / An den Feiertagen  
4, 6, 8 Uhr / Vorverkauf an der Tageskasse 12-1 Uhr  
U.T. Nollendorfplatz, Friedrichstr., Unter den Linden  
**Der Rattenfänger**  
Die alte Sage in lebendigen Bildern und  
Versen erzählt von Paul Wegener  
Hauptpersonen: Paul Wegener, Lyda Salmonowa  
U.T. Alexanderplatz U.T. Moritzplatz  
**Söhne des Volkes**  
Der sozialist. Monumentalfilm von Sophus Michaëlis  
und Ole Olsen mit Gunnar Tolnass und Lili Jacobson  
U.T. Weinbergstr. Hasenheide Schützenweg Kassiendorferstr.  
**Henny Porten**  
Im Schauspiel: „Die blaue Laterne“  
Regie: Rudolf Biebrach

**KAMMER** Das Fräulein von der Kavallerie  
**LICHTSPIELE** mit  
**Grifa Gläßner**

**Metropol Kabarett**  
Behrenstr. 53-56  
Ab 1. Dezember  
Neue Direktion • Neues Programm  
Ganz renoviert  
Anfang 3 Uhr  
Sonntag 4 Uhr  
**Gygyi-Konzerte**  
2 Eintrittspreise: 1,30 M., 2,60 M.  
Vorzügliche Küche  
Torten, Makronen und Getränke.

**Warme Strickjacken**  
**Warme Kindersweater**  
Bezugsscheinfrei  
billig billig  
Belle-Alliance Straße 98, am Halleschen Tor.

**PAUL CASSIRER VERLAG**  
Sozialistische Schriften  
zur Revolution  
**KARL KAUTSKY**  
Habsburgs Glück und Ende.  
Preis 3 Mark.  
Das Buch vom Kampf der Nationalitäten  
und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

**Möbel auf Kredit**  
an jedermann.  
Kleinste Anzahlung. Grösste Rücksicht.  
Bequemste Abzahlung.  
Einzelne Möbelstücke  
werden bereitwilligst abgegeben.  
Liefere auch nach auswärts.  
**M. Landwehr**  
Müllerstr. 7, 1, Weddingplatz.  
Blaue Schilder beachten.  
Sonntag 8-10, 12-6 geöffnet.

**Prof. Geyger's** Bogenschütze, echte Bronze 83 cm  
hoch, ein wundervoller Damen-  
Brillantring: 14 mm breit, 15 mm lang, 9 groß. Brillanten  
von seltener Farbenreinheit umrankt von kleinen Smarag-  
den. 4 farb. gelast, besonderer Umstände halber aus Privat-  
hand ohne Luxussteuer billig zu verkaufen.  
Lichterfelde-West, Holbeinstr. 19. Fernsprecher 3964.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Tel. Amt Moritzplatz 10 623, 8578. Büro: Hungenstr. 30.  
Sonntag, den 22. Dezember, vormittags 10 Uhr,  
im Volkshaus, Charlottenburg, Rajnens-  
tr. 4.  
**Mitgliederversammlung**  
für den Bezirk Charlottenburg.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Bezirksleitung, Neuwahl.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
Die neu eingetretenen Mitglieder sind hiermit be-  
sonders eingeladen.  
Die Bezirksleitung.

**Sportpelze**  
Gelegenheiten!  
von 400 M. an  
**Blauer Bazar**  
in den  
Kaiser-Wilhelm-Straße 16,  
beim Alexanderplatz.

**Gitarrezithern**  
mit Unterlegnoten 28.— große  
6-akkordige 35.— Ladennr. ca.  
50.— bis 70.— Mandolinen,  
Gitarren 45.—, erstklassige 65.—,  
Konzertlaute 125.— bis 145.—,  
Schülerviolinen 45.—, Konz-  
ertgeigen 250.—, Künst-  
lervioline 145.— Unterricht  
5.— Monatsgehorar (10 stündliche  
Schnellkurse) Ernst, Inselstr. 111/12.

**Günstigste!!!**  
**Gelegenheitskäufe**  
in eleg. Speisezimmer, schwer-  
geschulter, Herrenzimmer, Schlaf-  
zimmer, Küchenmöbel,  
Reichhaltige Toilet.  
**30 Möbelhaus Osten 30**  
nur Andreasstraße

**Botenfrauen**  
zum Austragen der Freiheit ver-  
langen  
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2  
Zu verkaufen, eine Wohnungs-  
einrichtung, Stube und Küche mit  
Geschir, im ganzen oder einzeln.  
F. Schulz, Exerzierstr. 2 all Trp.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Littenstr. 83-85  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Warden 185, 1289, 1987, 9714.  
Sonntag, den 21. Dezember 1918, nachm. 8 Uhr:  
**Branchenversammlung**  
der Metallendreher, Rev.-Dreher und -Dreherinnen  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von der Verhandlung über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Sonntag, den 21. Dezember 1918, nachm. 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung aller in der Metallindustrie**  
beschäftigten Former und Berufsgenossen  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.  
Tagesordnung:  
Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Unter-  
nehmern.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Montag, den 22. Dezember 1918, nachm. 8 Uhr:  
**Versammlung**  
der Metallarbeiter Berlins und Umgegend  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von der Verhandlung über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezember 1918, nachm. pünktlich 3 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Werkzeugmacher (Schnittbauer, Lehrenbauer,  
Vorrichtungsbauer und Schneidzeugmacher)  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen zum Kollektivvertrag.  
2. Diskussion und Beschlussfassung.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen  
aller Kollegen.  
— Mitgliedsbuch legitimiert! —  
Achtung! Für die Vertrauensleute findet um 2 Uhr im  
Saal 5 eine Vertrauensmännerkonferenz statt, welche zu  
obiger Tagesordnung Stellung nimmt. Jeder Vertrauens-  
mann muß pünktlich zur Stelle sein.

Montag, den 23. Dezember 1918, abends 8 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Bau- und Geldschrankmacher  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Kollektivvertrag.  
2. Branchenangelegenheiten.  
3. Verschiedenes.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines  
jeden Kollegen, rechtzeitig für die Versammlung zu optieren  
und pünktlich zu erscheinen, da der Saal bis 8 Uhr gedrückt  
sein muß.

**Achtung!**  
Montag, den 23. Dezember 1918, abends 8 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Rohrleger und Helfer  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Schlichtungskommission.  
2. Diskussion.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag, den 23. Dezember 1918, abends 8 Uhr:  
**Große Versammlung aller Gürtler, Kronenschlosser**  
und Militäreffekten-Gürtler  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezember 1918, abends 8 Uhr:  
**Versammlung der Schleifer und Galvaniseure**  
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
**Achtung!** Die Bibliothek II, Osten und Nordosten, befindet sich seit  
dem 15. Dezember 1918 bei  
**Otto Hübner, Berlin O., Grüner Weg 65.**  
Geöffnet ist dieselbe Freitag, abends von 7 bis 9 Uhr.  
D. D.

**Arbeiterräte!**  
Am Montag, den 23. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr findet  
Germania-Brachfilalen, Chausseestraße 110  
eine Versammlung aller  
**Arbeiterräte Groß-Berlins**  
statt.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Der Vollzugsrat.  
i. A. gez. Franz Dötschel.

**Kriegsbeschädigte! Kriegserhinterbliebene!**  
Unsere Forderung auf Vertretung in der Versorgungsabteilung des Reichsmilitärministeriums ist  
abgelehnt worden. Der seit 5 1/2 Kriegsjahren verprochenen Erhöhung der Renten droht die Gefahr  
der Klüftung!  
**Auf zur Demonstration**  
Sonntag, den 22. Dezember, mittags 12 1/2 Uhr  
Zusammenkunft am Südkarten beim neuen Dom.  
Der Vorstand der Ortsgruppe Groß-Berlin des Reichsbundes  
der Kriegsbeschädigten u. ehem. Kriegsteilnehmer.  
Schriftführer: Einbertstraße 114. J. H. : Karl Tietz.

**Möbel-Cohn**  
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58  
(5 Minuten vom Alexanderplatz)  
Im Norden: Badstrasse 47-48  
**Möbel auf Kredit**  
an jedermann.  
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.  
Spezialität:  
**Moderne Wohnungseinrichtung**  
schon für 500 M. Anzahlung.  
Einzelne Möbel, farbige Küchen.  
Riesen-Auswahl — Billigste Preise  
Sehr kulant Bedingungen und  
größte Rücksichtnahme.  
Lieferung frei Haus.  
Kreuzanleihe und Sparkassenbücher  
nehme gern als Anzahlung.  
Sonntag 9-10, 12-6 geöffnet

**An die Angestellten der Konfektion!**  
Am Sonntag, den 22. Dezember 1918, vorm. 10 Uhr,  
im großen Saal der Sdyow-Brännerel, Prenzlauer Höhe 243.  
**Versammlung aller Angestellten der Konfektion.**  
Thema: Wie man die Angestellten leimt.  
Referenten: Fritz Gumbel, Grete Weinberg.  
Freie Aussprache! Vertikalkonferenz!  
Kriegsruhen und Krieges! Die letzten Vorgänge in der Konfektion und  
die Interessen hinter den Kulissen sollen in der Versammlung ausgearbeitet  
werden. Kurz 3-jährigen sollen verhandelt werden. Bei einstweiliger  
in dieser Versammlung.  
Zentralverband der Handlungsgeschäften.

**Arbeiter! Soldaten! Parteigenossen!**  
Sonntag, den 22. Dezember  
vormittags 10 1/2 Uhr  
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18  
**Öffentliche Volksversammlung**  
Marx und der Bolschewismus  
Referent: Franz Plemlert.  
Freie Aussprache!  
Der Eisbarbeiter:  
A. S. P. Gruppe Deutschland  
J. A. Seehaus.

**An das nächste Postamt schicken.**  
**Bestellschein.**  
Ich abonniere hiermit auf die täglich 2 mal  
erscheinende Zeitung  
**„Die Freiheit“**  
zum Monatspreise von M. 2.— und wünsche freie  
Zustellung ins Haus. Die im laufenden Monat  
bereits erschienenen Nummern bitte ich mir gegen  
eine Sondergebühr von 10 Pfg. nachzuliefern.  
Name: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
**An das Postamt:**



Der Versammlung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Es dauerte Minuten, bis sich Scheidemann schließlich des Wortes bemächtigen konnte. Er führt aus: Der Antrag ist zweifellos von den besten Absichten diktiert, der jetzige Kongress kann aber unmöglich in eine rein parteipolitische Auseinandersetzung einleiten. Alle Bemühungen in dieser Richtung haben bisher das Gegenteil erreicht. Was war der Erfolg des Antrages? Höchstens eine neue Festigung der gegenseitigen Abneigung. Das ist das Besorgniserregende, daß trotz der Bemühungen, die Arbeiterschaft zusammenzuführen, die Arbeiterschaft durcheinandersprengt wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit — andauernde Unterbrechung und Lärm bei der Minderheit.) Die deutschen Arbeiter werden am 19. Januar die Antwort schon geben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei der Minderheit.)

Der Vorsitzende der Soldatenfraktion Gohn erklärt, daß der Antrag zurückgezogen wird. Ich bitte meine Freunde, so fährt er fort, an die West-, Ost- und Südfront zu gehen und das hier Gesagene bekanntzugeben. (Diesen Worten folgt demonstrativer Beifall der Soldaten und der Mehrheit, während die Unabhängigen, darunter auch einige Soldaten, erregt auf den Redner eindringen. Es herrscht wieder ein minutenlanges Tumult. Der Vorsitzende verliest eine Resolution, die aber in dem Maße von niemandem verstanden wird. Als darauf zum erstenmal eine Frau, Käthe Leu-Danzig, das Wort bekommt, tritt sofort Stille ein.) Die Rednerin führt aus: Doch ich hier an dieser Stelle sprechen darf, ist ein Zeichen der neuen Zeit. Wir Frauen waren politisch ungeschult. Die Sicherung der Revolution kann nur mit Hilfe der Frauen geschehen. Tausende aufklärter Frauenherzen schlagen der Revolution entgegen. Aber noch gibt es eine gewaltige indifferente Masse, die, wenn sie nicht politisch aufgeklärt wird, die Revolution gefährden kann. Deshalb habe ich den Antrag eingebracht: Der Kongress erklärt es für die besondere Aufgabe der Revolution, die bisher auf allen Lebensgebieten zurückgebliebenen Interessen der Frauen überall tätig zu fördern. Wir Frauen rufen den Arbeitern zu: Ihr habt wohl die Macht in Händen, aber nur wenn ihr einig seid. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag der Genossin Leu wird angenommen. Auf Anregung von Köhler und nach kurzer Bemerkung von Bech-Nemisch wird beschlossen, für die Hinterbliebenen der Opfer vom 6. Dezember in den Fraktionen eine Sammlung einzuleiten.

Die Beziehungen zu der Sowjetregierung. Die unabhängige Fraktion beantragt: Die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung sind unverzüglich wieder aufzunehmen.

Scheidemann begründet den Antrag. Wenn wir die in dem Telegramm von Oberst verlangten Kruppenformationen zur Sicherung des Rücktransports wirklich abenden, dann erregen wir nur einen neuen Krieg gegen Rußland. Um aber den Abtransport unverzüglich in die Wege zu leiten, müssen die diplomatischen Beziehungen zum Sowjetrußland sofort wieder aufgenommen werden. Das deutsche und das russische Volk sind auf ein freundschaftliches Verhältnis angewiesen. Es gehen zwar Gerüchte, daß die Entente die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht dulden will, dann soll sie das aber offen erklären, damit die Arbeiter in den Entente-Ländern wissen, woran sie sind. Sollen wir warten, bis die Entente die Sowjetregierung ermordet haben? Ich bitte dringend um Annahme des Antrages.

Trotz des Widerspruches der Unabhängigen wird ohne weitere Debatte beschlossen, den Antrag nur der Regierung zu überweisen. Auch dieses Ergebnis wird mit Beifall angenommen.

Darauf ersucht Lüdemann zum Schutze der Volksernährung dafür zu sorgen, daß die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte nicht, wie das vorgekommen sei, große Lebensmittelverbote für sich beschließen und nicht selbständig in die den Zentral-einheitsgesellschaften vorbehaltenen Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande eingreifen.

Schmidt-Düffeldorf weist erregt die Behauptung zurück, die durch nichts bewiesen sei, die aber in die Lüdemannsche Regie hineinspielt.

Der Vorsitzende verliest darauf ein Telegramm aus Genua, worin der dortige Arbeiterrat gegen die Auflosung eines von ihm abgelehnten Landrats durch die Regierung Dirsch-Dreißfeldt protestiert. Ferner ein Telegramm des Garnisonrats Frankenstein, der ein sofortiges Einschreiten gegen Liebnacht und Genossen verlangt. Die Verlesung

dieses Telegramms wird mit Gelächter von den Unterredungen aufgenommen.

Ferner erklärt der Vorsitzende, daß ihm von Abgeordneten des Vollzugsausschusses Berlin ein Protokoll überreicht sei, daß er aber nicht verlesen werde, weil sein Inhalt den Kongress nicht angehe. Ledebour protestiert dagegen. Der Vorsitzende bleibt aber auf seiner Absicht bestehen, da über das Protokoll im Vollzugsrat kein Beschluß gefaßt worden sei.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt.

Der Vorsitzende Reinetz nimmt dann noch das Wort zu einer längeren Schlussrede, die in ein Hoch auf die geeinte revolutionäre sozialistische deutsche Republik ausmündet.

Der Kongress stimmt dreimal in das Hoch ein. Schluß 2 1/2 Uhr.

## Groß-Berlin.

### Verkehrsregelung am heutigen Sonnabend.

Aus Anlaß der Beisetzung der Revolutionsopfer am heutigen Sonnabend, den 21. Dezember, werden folgende Abperrungen vorgenommen: Um 10 Uhr Abperrung der Siegesallee für Wagen- und Personerverkehr; an der Bellevuestraße, am Königsplatz und längs der Charlottenburger Chaussee Aufstellung von Posten an den Denkmälern; um 11 Uhr Abperrung des Königsplatzes für den Wagenverkehr; um 12 Uhr Abperrung der Charlottenburger Chaussee und der Siegesallee; um 11 Uhr Freimachen der Bellevuestraße für den Abmarsch des Zuges; um 12 Uhr Abperrung des Friedrichshagens; von 12 Uhr ab Abperrung der Straße Unter den Linden.

### Sperrung des Zivil-Personenverkehrs in den Weihnachtstagen.

Infolge Notwendigkeit in der jetzigen Zeit der Demobilisierung, in erster Linie das Militär zu befördern, wird für Berlin voraussichtlich der Zivilpersonenverkehr in den Weihnachtstagen vom 21. bis 24. Dezember bei einzelnen Rügen oder ganz gesperrt werden müssen. Es kann deshalb keine Zivilperson mit einer Beförderung in diesen Tagen rechnen.

### Die Neuföllner Vorgänge.

Nach dem Putschversuch in Neufölln war es bekanntlich in einer gemeinsamen Verhandlung im Ministerium des Innern zu einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Parteien gekommen. Hierzu nahm der Arbeiter- und Soldatenrat in einer Sitzung Stellung. Genosse Birkel erstattete dort Bericht. Die Versammlung glaubte sich mit den getroffenen Abmachungen nicht zufriedengeben zu können und stimmte daher nachstehenden Änderungsanträgen einstimmig zu:

1. Die Vertreter des A. und S.-Rates Neufölln erklären, mit der Übernahme von Neufölln zum A. und S.-Rat prinzipiell einverstanden zu sein. Die Bestimmung des Wahltages bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten. Die Wahlordnung und der Wahlmodus werden durch eine paritätische von den beiden Seiten zu bestellende Kommission festgesetzt.
  2. Der A. und S.-Rat ist bereit, die in die Exekutive der Regierung eingetragenen Verfügungen zurückzunehmen, wenn die Regierung sich verpflichtet, bis spätestens 1. Januar 1919 ein Dekret im gleichen Sinne zu erlassen.
  3. Der A. und S.-Rat Neufölln ist bereit, die Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung zu übernehmen, deren Tagung dadurch überflüssig wird.
- Nach Annahme dieser Änderungsanträge ist selbstverständlich eine neue Verhandlung mit der Regierung notwendig. Der A. und S.-Rat steht auf dem Standpunkt, daß der Wohnungsnot der Bevölkerung unbedingt Rechnung getragen werden muß, wie auch die Stadtverordnetenversammlung durch die Revolution höchst überflüssig geworden ist.
- Um den Beschlüssen des A. und S.-Rates größtes Nachdruck zu verleihen, wurden vom Vollzugsrat am Donnerstag drei öffentliche Versammlungen einberufen. Alle drei Versammlungen stellten sich hinter die Beschlüsse des A. und S.-Rates. In scharfen Anklagereden wurde der Putsch vom 16. Dezember gegeißelt. Folgende Protestresolution wurde in den Versammlungen einstimmig

angenommen: „In heller Empörung über den am 16. d. M. verübten Putsch, zu welchem unerfahren und politisch ungeschulte junge Soldaten der hiesigen Garnison von gewissenlosen und korrupten Elementen gezwungen wurden, fordert die heute in den Passagen-Behörden stattfindende Volksversammlung den Vollzugsrat auf, sofort energisch bei der Regierung die Entlassung der 64er zu verlangen. Die Versammlung stellt ferner mit allem Nachdruck die Forderung auf, daß bis zum Abzug der Garnison, der schnellstens zu erfolgen hat, das gesamte Militär unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates gestellt wird.“

Die Beerdigung der Opfer vom 6. Dezember findet, wie schon mitgeteilt, heute mittig 12 Uhr von der Siegesallee aus statt. Der Vollzugsrat hat beschlossen, daß Deputierten der Betriebe sich anschließen möchten, daß dagegen von einer Einstellung der Arbeit in den Betrieben wegen der allgemeinen Lage abgesehen werden sollte.

Die Errichtung einer dritten städtischen Mädchenschule auf dem Grundstück Grünhäger Str. 21 mit den Klassen 6, 5, 4 und einer Fürberklasse ist vom Berliner Magistrat von Ostern 1919 ab in Aussicht genommen. Die Eröffnung wird am 1. April nächsten Jahres erfolgen.

Das Opfer einer Fahrlässigkeit ist ein unbekanntes Mädchen in der Vorhalle der Alexanderkajen in der Ringstraße geworden. Ein Soldat ging dort mit seinem Gewehr so unvorsichtig um, daß sich ein Schuß löste. Die Kugel traf das Mädchen und löste es auf der Stelle. Die Unbekannte ist 22 bis 26 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trägt weißes, l. B. gezeichnete Wäsche, eine rote Bluse mit weißen Spitzenkragen, einen braunen Mantel und eine weiße Boa.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, St. Franziskus-Str. 6: Vortrag des Herrn Ernst Däumig: „Die religiösen Strömungen im Aufstand der Niederlande.“ Am 25. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Klosterstraße, Klosterstraße 78a: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Friede auf Erden.“ Gäste willkommen.

Reichsbund der Kriegswesentlichen und ehemaligen Kriegsteilnehmer (Bezirk Charlottenburg) hält am Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr eine große Versammlung im Volkshaus, Kottbusstr. 4, ab. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

### Aus den Organisationen.

Achtung! Parteigenossen! Die Generalversammlung von Groß-Berlin findet Sonntag nicht statt. An deren Stelle

Vorständekonferenz

der 6 Berliner Wahlkreise im Sitzungszimmer der Arbeiterbildungsschule, Schillerstraße 5/6.

### Der Aktionsauschuss.

Achtung! Soldatenbeauftragte von Groß-Berlin! Es findet heute, Sonnabend, abends 7 Uhr im Obergeschoss, Saal 1 des Reichstagsgebäudes, eine Besprechung der auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Soldatenräte Groß-Berlins statt. Tagesordnung: 1. Vorliegende Anträge, 2. Stellungnahme zu der Tagesordnung der Berliner Soldatenräte.

Zweiter Wahlkreis: Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr Konferenz der Bezirksführer bei Kaufm. Gneissmannstr. 66. Tagesordnung: Die Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung. Keiner darf fehlen.

Wilmersdorf. Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula des Wismar-Gymnasiums, Pflanzburger Str. 30/31, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Bürgerliche oder sozialistische Republik? Referent: Genosse Oberlein.

Friedenau. Sonnabend, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, außerordentlicher Jahlabend. Infolge der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. G. Rehrig, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 12.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises U. S. P.

Am Sonntag, den 22. Dezember, vormittags 12 Uhr

## Öffentliche Volksversammlung

in den Germania-Sälen, Chausseestraße.

Die Wahlen zur National-Versammlung. Referent: Genosse Haase.

Wähler, Männer und Frauen, erscheint zahlreich in der Versammlung. Der Vorstand.

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**  
Sonntag, den 22. Dezember, vormittags pünktlich 10 Uhr  
im Arbeitslosenkafe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes  
Linienstraße 83-85.

**Vertrauensmänner-Versammlung**  
Tagesordnung: Bericht von der Tarifausschüttung  
Zutritt haben nur die Vertrauensleute und Druckereikaschierer. Ohne Legitimationskarte kein Eintritt.  
Der Gauvorstand.

**1. Kreis U. S. P.**  
wöchentliche Mitglieder-Versammlung  
Sonnabend, den 21. Dezember, abends 7 Uhr  
bei Ed. Michael, Lindenstraße 24.  
Die Vorstandsmitglieder, Wahlleiter und Wahlprüfer bitten unter diesem Umstände bitten.  
Der Vorstand: J. K. Riede, Schriftführer.

**Friedrichshagen**  
Die Mitglieder des Wahlvereins der U. S. P. werden ersucht, morgen (Sonntag) früh 8 Uhr zu wichtiger Versammlung in der Siegesallee teilzunehmen.  
Der Vorstand: J. K. Riede.

Am 17. Dezember 1918 verstarb nach kurzem, schweren Leiden im blühendsten Alter von 19 Jahren infolge der heftigsten Krankheit (Grippe) meine geliebte Tochter, unsere liebe gute Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frieda Pleemann.**  
Sie folgte 10 Wochen später unserem lieben Vater. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 3 Uhr von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappel-Allee 15-17 aus statt.

Allen Turnschwestern und Turngenossen die traurige Nachricht, daß unsere liebe Turnschwester  
**Frieda Pleemann**  
am Dienstag, den 17. Dezember, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt. Um rege Beteiligung ersucht die 2. Frauen-Abteilung des Turnvereins Pichte.

**Zeltungs-Austrägerinnen**  
verlangt  
**Preuß-Lichtenberg**  
Tandorferstraße 3.

**Straßenhändler.**  
Karl Kausky's sensationelle Broschüre „Der neue Staat“ kommt in den nächsten Tagen in den Straßenhandel. Hoher Verdienst. **Walter Kuhn,** Berlin SW11, Schönberger Straße 10.

**VERLAG PAUL CASSIRER**  
**BRUNO SCHENLANK**  
In diesen Nächten  
Gebettet 4.50 M. Gebunden 6.— M.  
Diese Gedichte sind Form gewordene Gefühle des Proletariats. Der Name Schenlank hat in der deutschen Arbeiterschaft so guten Klang, daß man ihres Interesses an den Versen Bruno Schenlanks sicher sein dürfte.

**Sozialdemokr. Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis, U. S. P.  
11. Abt. Bsk. 648.  
Am 6. Dezember sei als Opfer für die Freiheit unser Genosse, der Schweizer  
**Heinrich Käbler**  
Pflanzstraße 10.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 21. d. Mts., mittags 12 Uhr, von der Siegesallee aus nach dem Friedhof am Friedrichshagen statt. Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 17. Dezember, verschied nach kurzem Krankenlager unser Kollege  
der Modellstecher  
**Arnold Lauckner.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma  
Gehr. Holzast, G. m. b. H.  
Gruppenweise ersucht, teilzunehmen, für die Beerdigung am Sonntag, den 22. d. Mts., um 10 Uhr, im Volkshaus, Kottbusstr. 4.